

# EU-Prioritäten bis 2010: Neue Sicherheitspartnerschaft

VON JOSÉ MANUEL BARROSO  
UND FRANCO FRATTINI

Die Sicherheit und der Kampf gegen den Terrorismus, die Kriminalität und die illegale Einwanderung stellen wesentliche Ziele für die Europäische Union dar.

Im November 2004 genehmigte der Europäische Rat ein umfangreiches Programm – das Haager Programm –, das EU-weit Freiheit, Sicherheit und Recht stärken soll. Effektiv kann die Freizügigkeit in einem so großen Raum wie der EU nicht ohne ein gewisses Maß an Kooperation und gemeinsamen Standards in den Bereichen Justiz und Inneres funktionieren.

Die engere Zusammenarbeit wird es den Bürgern ermöglichen, ihre Freiheiten und ihre Rechte voll auszuschöpfen. In Justiz- und Innenangelegenheiten ist eine gemeinsam handelnde EU stärker, als wenn jeder Mitgliedstaat in eigener Sache tätig wird. Gemeinsame Anstrengungen können dazu beitragen, dass eine erfolgreiche Einwanderungs- und Asylpolitik entwickelt und die Bürger vor der globalen Bedrohung von Terror und organisierter Kriminalität geschützt werden.

## Fragen der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Die Kommission hat nun einen neuen Aktionsplan vorgelegt, der das „Haager Programm“ in praktikable Schritte und konkrete Maßnahmen umsetzt. Herausgestellt werden zehn Prioritäten, um grundlegende Fragen und Probleme der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts anzugehen, die sich unmittelbar auf unser tägliches Leben auswirken. Wir hoffen, dass die Mitgliedstaaten dem Aktionsplan in den kommenden Wochen zustimmen, damit wir das Programm realisieren können.

Noch bis vor wenigen Jahren waren Bereiche wie Justiz und Inneres – vor allem die Bekämpfung



Legale Wirtschaftsmigration auf europäischer Ebene steuern ...

(Photo: G. Wolff)

von Terrorismus und grenzüberschreitender organisierter Kriminalität – Sache der Mitgliedstaaten.

Die Anschläge vom 11. September 2001 und 11. März 2004 machten jedem deutlich, dass die einzig mögliche Antwort auf diese Bedrohungen ein gemeinsames Vorgehen ist. Nur wenn wir zusammenarbeiten und vor allem Informationen über die Rekrutierung und Finanzierung von Terroristen austauschen, können wir wirksam reagieren. So sprechen die Statistiken über den europäischen Haftbefehl für sich, wenn verdeutlicht werden soll, welchen Zugewinn die europäische Zusammenarbeit in diesem Bereich bringt. Bis September 2004 haben die europäischen Justizbehörden 2 603 Haftbefehle ausgestellt, 653 Personen wurden festgenommen und 104 einem anderen Mitgliedstaat überstellt. Das langwierige Auslieferungsverfahren wurde abgeschafft, die Durchführungsfristen wurden drastisch gekürzt und ein System, das

mit einem Europa ohne Binnengrenzen nicht mehr vereinbar war, ist weitgehend vereinfacht worden. Nun dauern die Verfahren nur noch Wochen, nicht mehr Jahre.

Im Falle der zehn neuen Mitgliedstaaten, die der EU 2004 beigetreten sind, werden die Binnengrenzen in den nächsten fünf Jahren endgültig wegfallen. Dies wird einen verstärkten Schutz vor illegaler Einwanderung und jeder Art von Schmuggel ermöglichen. Die Außengrenzen sollen nach einheitlichen Vorgaben von einer Agentur verwaltet werden, die hierfür geschaffen und in wenigen Tagen einsatzfähig sein wird. Für den Bereich Visa schlagen wir vor, dass gemeinsame Zentren zur Prüfung von Visumträgen errichtet werden. Der Aktionsplan sieht unter Wahrung der humanitären Tradition Europas wichtige Neuerungen in dem sensiblen Bereich Zuwanderung und Asyl vor. Mit dem Grünbuch zur Einwanderung haben wir eine öffentliche Konsultation mit der Zivilgesellschaft

dazu eingeleitet, wie die legale Wirtschaftsmigration auf europäischer Ebene zu steuern ist. Die Einwanderung muss weiterhin von den Mitgliedstaaten verwaltet werden, die über Quotenregelungen entscheiden. Aber die Mitgliedstaaten müssen sich dessen bewusst sein, dass sich alle Entscheidungen, die sie in diesem Bereich treffen, auf die anderen Mitgliedstaaten auswirken. Deshalb ist eine gemeinsame Politik erforderlich, die entschlossen gegen die illegale Zuwanderung und den

Menschenhandel, insbesondere mit Frauen und Kindern vorgeht.

Ebenso müssen wir uns der schwierigen Frage der Integration unter Achtung der kulturellen und religiösen Vielfalt stellen. Wir wollen die Mitgliedstaaten darin unterstützen, bewährte Verfahren zu ermitteln und zu fördern, um sicherzustellen, dass Migration einen positiven Einfluss auf Gesellschaft und Wirtschaft hat und Ausgrenzung vermieden wird.

Aber der Aktionsplan fordert auch eine fortschreitende Harmonisierung des Zivilrechts, indem vor allem bestimmte Bereiche, die für unser Alltagsleben von Belang sind, anhand gemeinsamer Mindestnormen angeglichen werden. Manchmal hängt vieles im Leben eines jeden von der Funktionsweise des Rechtssystems bzw. davon ab, dass die geltenden Regeln einheitlich und berechenbar sind.

Letztlich ist die Frage der Menschenrechte eine Sache, der wir uns ernsthaft annehmen wollen. Vorgeschlagen wird die Errich-

tung einer neuen Agentur für Menschenrechte im Jahr 2005, die Europa eine neue Handhabe zur Verteidigung und Förderung dieser Rechte geben wird.

Unser neuer Aktionsplan basiert nicht auf einem bürokratischen Konzept, sondern stützt sich auf einen gründlichen Reality-Check. Unser Ehrgeiz ist zu handeln, wenn ein europäischer Ansatz zusätzlichen Nutzen im Vergleich zu nationalen, regionalen oder lokalen Maßnahmen bringt.

## Partner in Konsultation und Partizipation

Die Kommission hat ihre Vorstellungen auf den Tisch gelegt. Wesentliche Merkmale unseres Partnerschaftskonzeptes sind Konsultation und Partizipation. Das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten, die nationalen Parlamente, staatliche Stellen auf allen Ebenen, die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft im weitesten Sinne müssen umfassend eingebunden werden. Der Dialog muss über eine auf Brüssel zentrierte Debatte hinausgehen.

Bei vielen der notwendigen Maßnahmen besteht die Herausforderung darin, ein Gleichgewicht zwischen den Erfordernissen der Sicherheit und dem Schutz der Menschenrechte zu finden. Es kann keine Freiheit ohne Sicherheit geben und die wichtigste Freiheit ist die Freiheit von Angst. Zu lange ist Europa lediglich als Konsument von Sicherheit aufgetreten. Nun müssen wir in erster Linie lernen Sicherheit zu produzieren, ohne unsere Freiheiten und unsere Rechte sowie das hohe Gut unserer Privatsphäre zu opfern – und wir sind davon überzeugt, dass uns der Aktionsplan diesem Ziel näher bringt.

\* José Manuel Barroso und Franco Frattini sind Präsident beziehungsweise Vizepräsident der Europäischen Kommission in Brüssel.

# Etika zu nachhaltigen Kapitalanlagen in Luxemburg: Banken gefordert!

VON JEAN-SÉBASTIEN ZIPPERT \*

Anfang dieses Jahres führte Etika eine Untersuchung der in Luxemburg verfügbaren ethischen Kapitalanlagen durch. Das Resultat spricht für sich: Obwohl fast alle Banken ihren Kunden Anlagen dieser Art anbieten, sind die die sie fördern äußerst selten.

In Europa und besonders in Luxemburgs drei Nachbarländern, machen ethisch- und sozial-verantwortliche Geldanlagen sich mehr und mehr einen Namen beim breiten Publikum.

Tatsächlich richten immer mehr Privatinvestoren ihr Augenmerk auf die sozialen und ökologischen Konsequenzen ihrer Geldanlagen. Sie verlangen von ihren Banken Produkte, die neben dem ökonomischen Ertrag auch den ethischen Mehrwert berücksichtigen.

Je nach Land hat sich die Popularisierung dieser Anlagen auf sensible Gesetzeslage, intensive Sensibilisierungskampagnen o. ä. ... stützen können. Überall haben die Bankinstitute die steigende Nachfrage zur Kenntnis

genommen, so dass jede angesehene Bank ihrer Kundschaft inzwischen wenigstens eine, wenn nicht sogar eine Vielfalt nachhaltiger Geldanlagen anbietet.

Um eine Bilanz für Luxemburg ziehen zu können, befragten wir die sechs Banken, die hier zu Lande über ein bedeutendes Netz an Filialen verfügen, ob sich unter ihnen, für die einheimische Kundschaft bestimmten Anlagen auch Anlagemöglichkeiten mit Nachhaltigkeits-Anspruch befänden.

Alle haben mitgemacht, hier nun eine Kurzfassung des Resultats: Bis auf ein Institut verfügen alle Banken über nachhaltige Geldanlagen. Es handelt sich hier größtenteils um Fonds vom Typ SICAV, und sie werden meist nicht in Luxemburg verwaltet.

Die ethische Auswahl der Firmen geschieht auf zweierlei Art und Weise. Eine Mehrheit der Banken greift auf ihre interne Abteilung zurück, die die SICAV verwaltet. So bestimmt die Bank ihre Auswahlkriterien selbst. Die Alternative hierzu besteht darin, eine unabhängige sozio-ethische Rating-Agentur zu Rate zu zie-

hen: So wurden die meisten nachhaltigen SICAV bei der Dexia mit dem Gütesiegel der belgischen Agentur Ethibel versehen.

Im Gegensatz zu seinen deutschen, belgischen oder französischen Nachbarn, die über eine große Auswahl an nachhaltigen Kapitalanlagen verfügen, egal ob von traditionellen oder spezialisierten Finanzinstituten angeboten, ist der luxemburgische Investor eher benachteiligt. Außer dem, gemeinsam von der BCEE und etika gegründeten, Alternativen Sparmechanismus gibt es keine anderen verantwortungsbewussten Geldanlagen als die bereits erwähnten, die auf SICAV basieren. Dieser Anlagentyp hat den Vorteil, das Investitionsrisiko durch die Verteilung auf mehrere Firmen zu minimieren, und ermöglicht so dem Sparenden einen einfachen und flüssigen Zugang zu den Finanzmärkten.

Bei dieser Anlageform ist die Kehrseite der Medaille, dass Firmen, deren Aktien die Fonds der SICAV ausmachen, nur an reglementierten Finanzmärkten ausgesetzt werden. Das wiederum

bedeutet für den Investor die ausschließliche Finanzierung großer, an den Kapitalmärkten etablierter Firmen. Das verhindert die Unterstützung jedweder lokaler ökonomischer Aktivitäten (Klein- und mittelständische Unternehmen, Handwerksbetriebe, gemeinnützige Vereine).

Es bedeutet auch eine beschränkte Transparenz durch die Tatsache, dass dieser Investitionstyp nicht nur ein Projekt bevorzugt, sondern eine Fülle von Firmen. Dadurch wird es unmöglich, zu wissen, in welche Firmen ein Fonds gerade sein Kapital investiert hat.

Die bescheidene Größe des einheimischen Marktes wirkt sicherlich bremsend auf nur in Luxemburg ansässige Banken wie z.B. Raiffeisen oder BCEE. Allerdings gilt dieses Argument nicht für Filialen europäischer Banken, die alle im Ausland eine größere Palette ethischer Produkte anbieten als hier in Luxemburg. Auch werben diese Banken kaum mit ihren nachhaltigen Anlagemöglichkeiten. Nur DEXIA und ING nennen ihre ethischen Fonds auf ihren Web-

seiten, die anderen Banken erwähnen sie nicht.

## Angebot und Nachfrage in Luxemburg

Es ist schon eine paradoxe Situation, wenn man bedenkt, dass mehr als 50 ethische Fonds in Luxemburg ansässig sind, ohne dass jedoch die einheimischen Banken sie ihrer Kundschaft anbieten. Es bleibt also noch jede Menge pädagogischer Arbeit zu tun, um auch den luxemburgischen Sparern besseren Zugang zu sozialverantwortlichen Investitionen zu ermöglichen. Etika wird sich bemühen und ist bereit mit jeder in diese Richtung gehenden Initiative privater oder öffentlicher Natur zusammenzuarbeiten.

Vollständige Umfrage auf

[www.etika.lu](http://www.etika.lu)

\* Jean-Sébastien Zippert ist Koordinator von Etika – Initiativ für alternative Finanzierung. Vier Artikel zu den Aufgaben und Zielen von Etika wurden am 17., 21. und 28. Mai sowie am 6. Juni publiziert.